

Geopolitische Instrumentalisierung und demokratische Resilienz: Eine erschöpfende Analyse ausländischer Einflussnahmen auf die ungarischen Parlamentswahlen 2026

1. Einleitung und Untersuchungsschwerpunkte

Die anstehenden ungarischen Parlamentswahlen, die für den 12. April 2026 terminiert sind, stellen einen historischen Wendepunkt in der jüngeren politischen Geschichte der Europäischen Union und der mitteleuropäischen Region dar.¹ Nach sechzehn Jahren ununterbrochener Regierungszeit der rechtsnationalen Fidesz-Partei unter Ministerpräsident Viktor Orbán sieht sich das etablierte politische System Ungarns mit einer beispiellosen innenpolitischen und geopolitischen Herausforderung konfrontiert. Der rasante und unerwartete Aufstieg der TISZA-Partei unter der Führung des ehemaligen Fidesz-Insiders Péter Magyar hat die politische Landschaft des Landes grundlegend umgestaltet und führt dazu, dass die Regierungspartei in zahlreichen unabhängigen Meinungsumfragen erstmals seit über einem Jahrzehnt signifikant in den Rückstand geraten ist.¹

In diesem hochgradig polarisierten und von existenziellen politischen Überlebenskämpfen geprägten Umfeld haben sich Narrative über ausländische Einmischung, supranationale Zensur und geopolitische Erpressung zu dem zentralen Schlachtfeld des Wahlkampfes entwickelt. Die ungarische Regierung wirft westlichen Akteuren – insbesondere den Institutionen der Europäischen Union – sowie der benachbarten Ukraine vor, aktiv, systematisch und völkerrechtswidrig in den demokratischen Prozess des Landes einzugreifen, um einen Regierungswechsel in Budapest zu erzwingen.⁵

Dieser Forschungsbericht widmet sich der detaillierten und differenzierten Überprüfung dieser Vorwürfe. Im Zentrum der Analyse stehen dabei zwei spezifische Behauptungen, die den aktuellen medialen und politischen Diskurs in Ungarn dominieren: Erstens die weitreichende Anschuldigung, die Europäische Union nutze ihre neu geschaffene digitale Regulierungsarchitektur, namentlich den *Digital Services Act* (DSA) und den sogenannten „Democracy Shield“, als verdecktes Zensurwerkzeug, um regierungsfreundliche, konservative und wahlrelevante Nachrichten aus sozialen Netzwerken systematisch fernzuhalten und somit die Wiederwahl Orbáns zu torpedieren.⁸ Zweitens der schwerwiegende Vorwurf, die Ukraine blockiere absichtlich und in enger Abstimmung mit westlichen Akteuren essenzielle Energielieferungen durch die Druschba-Pipeline, um eine wirtschaftliche und soziale Krise in Ungarn auszulösen, die dem amtierenden Staatschef direkt angelastet werden soll.⁶

Umgekehrt werfen führende Vertreter der Europäischen Union, internationale Wahlbeobachter und ukrainische Offizielle der ungarischen Regierung vor, geopolitische Krisen, den Krieg in der Ukraine und supranationale Gesetzgebungsverfahren für den eigenen Machterhalt zu instrumentalisieren.¹² Der vorliegende Bericht dekonstruiert die komplexen Wechselwirkungen zwischen europäischer Plattformregulierung, geopolitischer Energie-Erpressung und dem innenpolitischen Überlebenskampf eines Systems, das sich selbst als Vorreiter einer „illiberalen Demokratie“ definiert.² Die Analyse stützt sich auf eine tiefgehende Untersuchung primärer und sekundärer Quellen, diplomatischer Korrespondenzen, juristischer Gutachten und politischer Strategiepapiere, um die tatsächliche Dimension der behaupteten Einflussnahmen von außen im Kontext der Wahlen 2026 zu evaluieren.

2. Die innenpolitische und strukturelle Ausgangslage in Ungarn vor den Wahlen 2026

Um die Virulenz und die strategische Funktion der Vorwürfe ausländischer Einmischung adäquat beurteilen zu können, ist eine präzise Analyse der innenpolitischen Ausgangslage in Ungarn unerlässlich. Die Wahlen im April 2026 finden unter Vorzeichen statt, die sich fundamental von den vorherigen Urnengängen der Jahre 2014, 2018 und 2022 unterscheiden.

2.1 Der Gnadenakt-Skandal und der Aufstieg von Péter Magyar

Der Katalysator für die gegenwärtige politische Instabilität in Ungarn war ein beispielloser politischer Skandal, der im Februar 2024 an die Öffentlichkeit gelangte. Es wurde bekannt, dass die damalige ungarische Staatspräsidentin Katalin Novák im April 2023 einen Gnadenerlass für Endre Kónya unterzeichnet hatte.¹ Kónya war der ehemalige stellvertretende Direktor eines staatlichen Kinderheims in Bicske und war rechtskräftig verurteilt worden, weil er aktiv an der Vertuschung systematischer Missbrauchsfälle durch den Heimdirektor beteiligt war.¹ Dieser Gnadenakt löste in der ungarischen Gesellschaft, die von der Regierungspartei Fidesz über Jahre hinweg mit dem Narrativ des strikten Kinderschutzes und traditioneller Familienwerte angesprochen worden war, eine Welle massiver öffentlicher Empörung aus. Infolge der Proteste sahen sich Präsidentin Novák sowie die ehemalige Justizministerin Judit Varga, die den Gnadenakt rechtlich beglaubigt hatte und als Spitzenkandidatin der Fidesz für die Europawahlen vorgesehen war, am 10. Februar 2024 zum sofortigen Rücktritt von all ihren politischen Ämtern gezwungen.¹

Unmittelbar im Fahrwasser dieses institutionellen Bebens trat Péter Magyar, der Ex-Ehemann von Judit Varga, erstmals öffentlich in Erscheinung. Magyar, der bis dato als loyalistischer Insider galt und verschiedene gut dotierte Positionen in staatlichen und halbstaatlichen Institutionen innehatte, wandte sich in einem viel beachteten, millionenfach geklickten Interview schonungslos gegen seine ehemalige politische Heimat.¹ Er kritisierte offen die grassierende Doppelmoral, die strukturelle Korruption und die oligarchenähnlichen Strukturen innerhalb des von Fidesz dominierten politischen und wirtschaftlichen Systems.¹ Magyar gründete daraufhin die konservative, pro-europäische TISZA-Partei (Respekt und Freiheit), die sich rasant zum Sammelbecken der Unzufriedenen aus dem bürgerlich-konservativen, aber auch aus dem

traditionell oppositionellen Lager entwickelte.³ Bereits bei den Europawahlen im Juni 2024 konnte TISZA fast 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und etablierte sich damit als stärkste politische Kraft neben Fidesz.¹⁴ Sechs Wochen vor den Parlamentswahlen im April 2026 liegt Magyar mit seiner Partei in zahlreichen Umfragen sogar vor der Regierungspartei, was eine reale Bedrohung für den Fortbestand des „Systems Orbán“ darstellt.³

2.2 Strukturelle Asymmetrien und wahlrechtliche Manipulationen

Trotz der ungünstigen demoskopischen Lage profitiert die Fidesz-Regierung von massiven strukturellen Vorteilen, die in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten systematisch in die Architektur des ungarischen Staates implementiert wurden. Politologische Analysen verweisen auf ein tiefgreifendes „Gerrymandering“ (die parteipolitisch motivierte Manipulation von Wahlkreisgrenzen), das der Regierungspartei ermöglichte, bei vergangenen Wahlen mit lediglich 44 bis 53 Prozent der Wählerstimmen eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit zu erringen.¹⁵

Angesichts der akuten Bedrohung durch die TISZA-Partei wurden im Vorfeld der Wahlen 2026 weitere Änderungen des Wahlgesetzes in der regierungsnahen Presse diskutiert und teilweise vorbereitet.¹ Dazu gehört die mögliche Einführung von Direktmandaten für ethnische Ungarn in den angrenzenden Nachbarstaaten – eine Wählergruppe, die traditionell mit überwältigender Mehrheit für Fidesz stimmt.¹⁵ Eine weitere taktische Erwägung war die Absenkung der Sperrklausel für den Einzug ins Parlament auf 3 Prozent.¹⁵ Diese Maßnahme zielt strategisch darauf ab, die Fragmentierung der Opposition zu fördern, indem Anhänger kleinerer linker und liberaler Parteien ermutigt werden, ihre Stimme nicht taktisch der TISZA-Partei zu geben, sondern ihren bevorzugten Kleinparteien treu zu bleiben.¹⁵

Neben den wahlrechtlichen Mechanismen setzt die Regierung im Vorfeld der Wahlen auf massive staatliche Sozialprogramme, um die Wählerbasis zu mobilisieren. Dazu zählen die Ankündigung von speziellen Rentenzuschlägen, zusätzlichen Wohnbauförderungen für Familien und Beamte sowie lebenslange Einkommenssteuerbefreiungen für Mütter ab dem zweiten Kind.¹⁵ Diese Maßnahmen werden durch eine beispiellose Medienkampagne flankiert, die vornehmlich aus staatlichen Mitteln finanziert wird.⁵

Bereich der strukturellen Asymmetrie	Implementierte Maßnahmen der Regierungspartei (Fidesz)	Erwarteter wahlstrategischer Effekt für 2026
Wahlrecht & Wahlkreise	Anpassung der Wahlkreisgrenzen (Gerrymandering); mögliche Ausweitung des Wahlrechts für Auslandsungarn; Diskussion um Senkung der Sperrklausel. ¹⁵	Maximierung der Mandate bei relativer Stimmenmehrheit; Zersplitterung des oppositionellen Lagers.
Medienlandschaft	Kontrolle von ca. 78 % des Medienmarktes durch	Dominanz im Informationsraum;

	regierungsnahe Stiftungen (KESMA); Vergabe staatlicher Werbebudgets fast ausschließlich an loyale Outlets. ¹⁵	Marginalisierung von TISZA und Péter Magyar im Rundfunk. ²⁰
Sozial- und Fiskalpolitik	Massive Ausweitung von Rentenzuschlägen, Steuerbefreiungen und Wohnbauförderungen kurz vor dem Wahltermin. ¹⁵	Bindung einkommensschwacher und konservativer Wählerschichten an das Regierungslager.

In diesem Klima der innenpolitischen Nervosität und des drohenden Machtverlustes gewinnt die Konstruktion äußerer Feindbilder massiv an Bedeutung. Die wissenschaftliche Analyse der Rhetorik der ungarischen Regierung zeigt, dass Nationalismus und die Beschwörung einer permanenten Bedrohung von außen oftmals nicht nur ideologischer Überzeugung entspringen, sondern als politisches „Geschäftsmodell“ fungieren, um den Zugriff der politischen Elite auf staatliche Ressourcen und EU-Fördermittel zu legitimieren und abzusichern.²¹ Professor Ulf Brunnbauer vom Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung beschreibt dies als einen perfektionierten „außenpolitischen Zynismus“, der darauf abzielt, die Feinde der EU – wie Russland unter Wladimir Putin – zu strategischen Partnern zu erheben, um eine konservative Wählerschaft durch das Narrativ der nationalen Unabhängigkeit zu binden.²¹ Genau in diesem Kontext müssen die Vorwürfe der Wahleinmischung durch die Ukraine und die Europäische Union bewertet werden.

3. Die ukrainische Energie-Intervention: Die Druschba-Pipeline als geopolitischer Hebel

Ein zentraler Pfeiler der ungarischen Vorwürfe bezüglich einer ausländischen Wahleinmischung betrifft den Energiesektor, spezifisch die Unterbrechung von Rohöllieferungen aus Russland über das Territorium der Ukraine. Die Auseinandersetzung um die Druschba-Pipeline (Freundschafts-Pipeline) illustriert in dramatischer Weise, wie eng physische kritische Infrastruktur, die Dynamiken des russischen Angriffskrieges und der ungarische Wahlkampf miteinander verflochten sind.

3.1 Die historische und infrastrukturelle Ausgangslage

Um die Eskalation zu verstehen, muss die singuläre energiepolitische Position Ungarns innerhalb der Europäischen Union betrachtet werden. Während die überwiegende Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten infolge der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 weitreichende Embargos gegen russische fossile Energieträger verhängte und ihre Lieferketten diversifizierte, bestand die Regierung in Budapest auf weitreichenden Ausnahmeregelungen.¹⁰ Ministerpräsident Orbán argumentierte stets, dass ein Verzicht auf günstiges russisches Öl und Gas die ungarische Wirtschaft ruinieren und die Energiesicherheit des Landes gefährden würde. Infolgedessen bezogen Ungarn und die Slowakei auch im Jahr 2026 weiterhin einen

Großteil ihres Rohöls über den südlichen Strang der Druschba-Pipeline sowie ihr Erdgas über die TurkStream-Pipeline, die von Russland über das Schwarze Meer, die Türkei und Serbien nach Mitteleuropa verläuft.²² Die Bedeutung dieser Infrastruktur ist enorm: Noch im Jahr 2023 deckte der ukrainische Transitweg rund 65 Prozent des Gasbedarfs in Österreich, Ungarn und der Slowakei.²² Die Aufrechterhaltung der niedrigen Energiepreise („energy bill reduction“) ist traditionell eines der wirkungsvollsten innenpolitischen Wahlkampfversprechen der Fidesz-Partei.¹⁰

3.2 Die Eskalation im Januar und Februar 2026

Die Situation eskalierte drastisch, als am 27. Januar 2026 die Rohöllieferungen durch die Druschba-Pipeline nach Ungarn und in die Slowakei plötzlich zum Erliegen kamen.²³ Die ukrainische Regierung unter Präsident Wolodymyr Selenskyj begründete den Lieferstopp offiziell mit schweren Beschädigungen der Leitungsinfrastruktur infolge massiver russischer Drohnen- und Raketenangriffe.¹⁰ Der Vorstandsvorsitzende des ukrainischen staatlichen Energiekonzerns Naftogaz, Serhij Korezkyj, präzisierte gegenüber europäischen Delegationen, dass ein russischer Angriff einen Öltank mit einem Fassungsvermögen von 75.000 Kubikmetern in Brand gesetzt habe, dessen Löschung zehn Tage in Anspruch genommen habe.²⁶ Zudem seien wesentliche technische Komponenten, darunter Stromkabel, Transformatoren und hochsensible Leckerkennungssysteme, die für die Abdichtung der Pipeline verantwortlich sind, schwer beschädigt worden.²⁶

Trotz dieser detaillierten technischen Begründungen seitens Kiews interpretierten die Regierungen in Budapest und Bratislava den Lieferstopp umgehend als gezielten politischen Angriff. Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó trat in einer außerordentlichen Fernsehansprache vor die Nation und bezeichnete das Vorgehen der Ukraine als eklatanten Akt der „politischen Erpressung“. ¹⁰ Szijjártó behauptete, der ungarischen Regierung lägen Geheimdienstinformationen „vom Boden“ vor, die zweifelsfrei belegten, dass es keine technischen Gründe mehr gäbe, die eine Wiederaufnahme der russischen Öllieferungen verhindern würden.¹⁰ Er artikuliert den Vorwurf der Wahleinmischung in beispielloser Schärfe: „Das Ziel dieser ukrainischen politischen Erpressung ist es, Ungarn zur Erfüllung der ukrainischen Forderungen zu zwingen... dass wir den Krieg unterstützen und das Geld der ungarischen Bevölkerung in die Ukraine schicken“. ¹⁰ Mit diesem Lieferstopp versuche Präsident Selenskyj, „offen eine Ölversorgungskrise in Ungarn zu schaffen und sich damit offen und massiv in den ungarischen Wahlprozess einzumischen“. ¹⁰ Auch der slowakische Premierminister Robert Fico schloss sich dieser Rhetorik an und warf der Ukraine vor, die Pipeline als Waffe einzusetzen.²⁷

3.3 Die Spirale der Vergeltungsmaßnahmen und die Blockade der EU

Die ungarische Reaktion auf den Lieferstopp blieb nicht auf der rhetorischen Ebene, sondern mündete in eine Reihe harter ökonomischer und diplomatischer Vergeltungsmaßnahmen, die das Potenzial hatten, die europäische Sicherheitsarchitektur zu erschüttern. Am 18. Februar 2026 ordnete die Regierung in Budapest den sofortigen Stopp aller Dieselexporte in die

kriegsgebeutelte Ukraine an.¹⁰ Die Slowakei zog kurz darauf nach und kündigte zudem an, die Notstromlieferungen an das ukrainische Stromnetz durch den staatlichen Betreiber SEPS einzustellen, was angesichts der durch russische Bombardements ohnehin dezimierten ukrainischen Energieinfrastruktur eine massive Bedrohung darstellte.¹¹

Die weitreichendste Maßnahme ergriff Ministerpräsident Orbán jedoch auf europäischer Ebene. Er legte sein Veto gegen ein existenziell wichtiges Hilfspaket der Europäischen Union in Höhe von 90 Milliarden Euro ein, das die militärischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Ukraine für die Jahre 2026 und 2027 absichern sollte.¹¹ Gleichzeitig blockierte Ungarn das geplante 20. Sanktionspaket der EU gegen die Russische Föderation.¹¹ Außenminister Szijjártó machte die ungarische Erpressungslogik in Brüssel unmissverständlich klar: „Da die Ukraine die ungarische Energiesicherheit gefährdet, sind wir nicht bereit, an irgendeiner Entscheidungsfindung in Brüssel mitzuwirken, die der Ukraine zugutekommt“.¹¹ Er betonte, dass Ungarn seine Blockadehaltung so lange aufrechterhalten werde, bis die Rohöllieferungen über die Druschba-Pipeline vollständig wiederhergestellt seien.¹¹ Orbán formulierte dies in einem simplen, aber wirkungsvollen Slogan für seine heimische Wählerschaft: „Wenn es Öl gibt, wird es Geld geben. Wenn es kein Öl gibt, gibt es kein Geld“.¹³

3.4 Die geopolitische Intervention der Europäischen Union im März 2026

Die konzertierte Blockadehaltung Ungarns zwang die Europäische Kommission und den Europäischen Rat zum raschen Handeln. Die ukrainische Kriegswirtschaft stand ohne das 90-Milliarden-Euro-Paket vor dem Kollaps, und EU-Offizielle warnten, dass Kiew spätestens bis Anfang Mai 2026 auf erste Tranchen des Geldes angewiesen sei.¹³ In einem beispiellosen diplomatischen Manöver intervenierten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident António Costa im März 2026 direkt in den Konflikt. In einem offiziellen Schreiben an den ukrainischen Präsidenten Selenskyj boten sie an, die Reparatur der Druschba-Pipeline durch europäische technische Experten durchführen zu lassen und die gesamten Kosten aus EU-Mitteln zu finanzieren.²³

Dieses Angebot stürzte Kiew in ein gravierendes strategisches und moralisches Dilemma. Präsident Selenskyj hatte sich stets vehement dagegen ausgesprochen, dass weiterhin russisches Öl durch ukrainisches Territorium nach Europa fließt, da die Transitgebühren und Exporterlöse die russische Kriegswirtschaft und damit die Angriffe auf sein eigenes Land direkt finanzieren.²³ Er bezeichnete den Versuch, die Reparatur der Pipeline mit der Freigabe der lebenswichtigen EU-Hilfen zu verknüpfen, zunächst als inakzeptable „Erpressung“.²⁹ Doch der diplomatische und finanzielle Druck aus Brüssel erwies sich als zu groß. In seiner Antwort an die EU-Führung relativierte Selenskyj seine Position und erklärte sich bereit, die „notwendige technische Unterstützung und Finanzierung“ der EU zu akzeptieren, um die Reparaturarbeiten abzuschließen.²⁹ Er kündigte an, dass die ukrainische Seite erwarte, den Öltransit durch die Druschba-Pipeline innerhalb von eineinhalb Monaten wiederherstellen zu können, vorausgesetzt, Russland greife die Infrastruktur nicht erneut an.²⁶ In einer dramatischen Ansprache an den Europäischen Rat am 19. März 2026 betonte Selenskyj jedoch die moralische

Verantwortung Europas: „Wir tun alles Notwendige, um den Betrieb der Druschba-Pipeline wiederherzustellen... Aber die Entscheidung liegt bei Ihnen: ob Sie wollen, dass russisches Öl von Europa importiert wird, wohlwissend, dass es dem Aggressor hilft“.³³

Diplomatische Positionen in der Energie-Krise (März 2026)	Argumentation und offizielle Narrative	Strategische Implikationen
Ukraine (Präsident Selenskyj)	Lieferstopp ist Folge russischer Bombardierung. Reparatur wird unter EU-Druck akzeptiert. Russischer Energietransit finanziert den Aggressor. ²³	Akzeptanz der Reparatur ist der Preis zur Entblockung der existenziellen 90-Milliarden-Euro-Hilfe der EU. ²⁹
Ungarn (Ministerpräsident Orbán)	Lieferstopp ist gezielte politische Erpressung und Wahleinmischung der Ukraine. Veto gegen EU-Hilfen bleibt bestehen, bis Öl fließt. ⁶	Inszenierung der Regierung als Beschützer der nationalen Energiesicherheit im Wahlkampf; Stärkung des anti-westlichen Narrativs. ⁵
Europäische Union (von der Leyen/Costa)	Angebot der Übernahme aller Reparaturkosten durch EU-Fonds und Bereitstellung von Ingenieuren, um die Blockade zu lösen. ²³	Pragmatische, aber moralisch ambivalente Lösung zur Rettung des ukrainischen Staatshaushaltes vor dem ungarischen Veto. ¹³

3.5 Analyse: Wahleinmischung oder Instrumentalisierung von Interdependenz?

Die Untersuchung der Vorwürfe zeigt, dass die Einstufung des ukrainischen Lieferstopps als gezielte, von außen gesteuerte Wahleinmischung in den ungarischen Wahlkampf primär eine strategische Konstruktion der Fidesz-Regierung darstellt. Zwar kann nicht mit letzter Gewissheit ausgeschlossen werden, dass Kiew die durch russische Angriffe verursachten Schäden aus Frustration über die ungarische pro-russische Haltung absichtlich langsamer reparierte. Dennoch ist die ukrainische Infrastruktur unbestreitbar ständigen militärischen Angriffen ausgesetzt, was auch europäische Experten bestätigten, die im März 2026 nach Kiew reisten, um die Schäden an der Brody-Pumpstation zu begutachten.²⁶ Zudem wurden zeitgleich auch andere wichtige Gas-Kompressorstationen, etwa die der TurkStream-Pipeline, zum Ziel von Drohnenangriffen, was die allgemeine Gefährdung der Energieinfrastruktur in der Region unterstreicht.³⁶ Serbien sah sich sogar gezwungen, militärische Spezialeinheiten und Luftabwehrsysteme abzukommandieren, um die für Ungarn lebenswichtige Kompressorstation in Žabari vor Sabotage zu schützen.³⁸

Führende europäische Staats- und Regierungschefs wiesen die ungarischen Vorwürfe der ukrainischen Wahleinmischung denn auch kategorisch zurück und drehten den Vorwurf der Instrumentalisierung um. Auf einem EU-Gipfel in Brüssel kam es zu einem beispiellosen

öffentlichen Eklat. Der finnische Premierminister Petteri Orpo beschuldigte Orbán offen, die Ukraine „als Waffe in seinem Wahlkampf“ zu missbrauchen und die europäischen Partner verraten zu haben.¹³ Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz kritisierte, Orbán errichte eine „Blockade in Europa aus innenpolitischen Gründen“, was den Prinzipien von Loyalität und Zuverlässigkeit in der EU widerspreche.¹³ Der belgische Premierminister Bart De Wever nannte Orbáns Verhalten „inakzeptabel“, und der österreichische Bundeskanzler Christian Stocker fügte hinzu, dass ein anstehender Wahlkampf kein valides Argument sei, um angesichts der Not der Menschen in der Ukraine blockierend einzugreifen.¹³

Die tiefere analytische Einsicht lautet, dass die Fidesz-Regierung die Energiekrise meisterhaft in ihre Wahlkampfstrategie integriert hat. Da die Regierungspartei in den Umfragen unter beispiellosem Druck der TISZA-Partei steht, dient das Narrativ einer durch die Ukraine und Brüssel orchestrierten Energiekrise dazu, die Bevölkerung in Angst zu versetzen und den eigenen Führungsanspruch als einziger Garant für Wärme und Wohlstand zu zementieren.⁵ Im ganzen Land wurden von Steuergeldern finanzierte Plakatkampagnen geschaltet – teilweise unter Einsatz von Künstlicher Intelligenz generiert –, die den ukrainischen Präsidenten Selenskyj und EU-Offizielle mit ausgestreckten Händen zeigen, verbunden mit der Botschaft: „Unsere Botschaft an Brüssel: Wir werden nicht zahlen!“⁵ Dies belegt, dass nicht eine ausländische Wahleinmischung das primäre Problem darstellt, sondern die gnadenlose innenpolitische Instrumentalisierung geopolitischer Verwerfungen.

4. Der europäische Informationsraum: Der Digital Services Act (DSA) und der Vorwurf der Zensur

Der zweite zentrale Strang der Einmischungsvorwürfe betrifft die Integrität des digitalen Informationsraumes. Die ungarische Regierung, flankiert von ihr nahestehenden Denkfabriken und internationalen konservativen Netzwerken, wirft der Europäischen Union vor, ein supranationales Zensurregime etabliert zu haben. Kern dieses Vorwurfs ist die Behauptung, die EU nutze das neue Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) und den sogenannten „Democracy Shield“, um im Vorfeld der Wahlen 2026 gezielt regierungsfreundliche, souveränitätsbetonende und konservative Nachrichten aus sozialen Netzwerken zu verbannen und somit die Wiederwahl Viktor Orbáns zu verhindern.⁸

4.1 Die Architektur europäischer Regulierung: DSA und Democracy Shield

Um die Substanz dieser Vorwürfe zu prüfen, muss zunächst die rechtliche und institutionelle Architektur der europäischen Plattformregulierung dargelegt werden. Der *Digital Services Act* (DSA), der im Februar 2024 für alle Online-Plattformen verbindlich in Kraft trat, stellt den ambitioniertesten Versuch weltweit dar, den digitalen Raum zu regulieren.¹⁹ Das Gesetz zielt primär darauf ab, die Verbreitung illegaler Inhalte (wie Hassrede oder Terrorpropaganda) zu unterbinden und systemische Risiken – darunter gezielte Desinformation, Wahlmanipulation und den Schutz von Minderjährigen – auf sehr großen Online-Plattformen (Very Large Online

Platforms, VLOPs) und Suchmaschinen wie Facebook, X, TikTok oder Google zu mindern.⁴¹ Der DSA verpflichtet diese Konzerne zu umfassenden Transparenzberichten, strengeren Maßnahmen zur Inhaltsmoderation und der Einrichtung von internen und externen Beschwerdemechanismen.⁴⁴

Ein zentrales Element des DSA, das besonders im Fokus der Kritik steht, ist der Mechanismus der sogenannten „Trusted Flaggers“ (vertrauenswürdige Hinweisgeber) gemäß Artikel 22 des Gesetzes.⁴⁵ Diese Organisationen, oft NGOs, Forschungsinstitute oder zivilgesellschaftliche Gruppen, erhalten einen privilegierten Status: Wenn sie Plattformen auf potenziell illegale oder desinformative Inhalte hinweisen, müssen diese Meldungen von den Tech-Konzernen priorisiert und ohne Verzögerung bearbeitet werden.⁴⁴

Ergänzend zum DSA verkündete Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im März 2024 den Aufbau eines „European Democracy Shield“ (Europäischer Demokratieschild), dessen vollständige Implementierung für Ende 2025 vorgesehen war.⁴⁷ Dieses Maßnahmenpaket soll die Demokratien der EU vor ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung (Foreign Information Manipulation and Interference, FIMI) schützen, die insbesondere von staatlichen Akteuren wie Russland oder China orchestriert wird.⁴⁷ Ein Kernbestandteil dieses Schildes ist das neu gegründete „European Centre for Democratic Resilience“ (Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz), das als Koordinierungsstelle dienen und Netzwerke von unabhängigen Faktencheckern finanziell und operativ unterstützen soll.⁴⁷ Die EU-Kommission stellte hierfür Budgets in Höhe von über 100 Millionen Euro für 45 verschiedene Faktenchecking-Projekte zur Verfügung.⁴⁷

4.2 Die ungarische Gegenreaktion: Das Narrativ des "Censorship Operating System"

In der Rhetorik der ungarischen Regierung und der ihr angeschlossenen intellektuellen Netzwerke wird diese europäische Regulierungsarchitektur radikal uminterpretiert und als direkter Angriff auf die Souveränität Ungarns verstanden. Maßgeblich formuliert wurde diese Kritik in einem viel beachteten Bericht des *MCC Brussels*, einem von der ungarischen Regierung finanzierten Think Tank in der europäischen Hauptstadt. Der Autor des Berichts, Dr. Norman Lewis, bezeichnet den Democracy Shield der EU wörtlich als ein „Zensur-Betriebssystem“ („censorship operating system“) und als ein orwellsches „Wahrheitsministerium auf Steroiden“.⁸

Die Argumentation des MCC Brussels und ähnlicher konservativer Institute wie der amerikanischen Heritage Foundation lautet, dass die EU unter dem noblen Deckmantel der Bekämpfung von Desinformation eine technokratische Architektur geschaffen habe, um unliebsame politische Dissidenz systematisch zu unterdrücken.³⁹ Die Begriffe wie „Unabhängigkeit“, „Pluralismus“ und „Resilienz“ würden ihrer eigentlichen Bedeutung beraubt und zur Rechtfertigung von Zensur umgedeutet.⁴⁷ Die Kritik fokussiert sich massiv auf die „Trusted Flaggers“ und die EU-finanzierten Faktenchecker. Diese seien keineswegs neutrale Schiedsrichter der Wahrheit, sondern politisch ausgerichtete, von Brüssel bezahlte Vorfeldorganisationen („staatlich finanzierte Denunziationsagenturen“), deren Aufgabe es sei,

die Grenzen des sagbaren Diskurses zu überwachen und durchzusetzen.⁴⁷

Der konkrete Vorwurf im Hinblick auf die ungarischen Wahlen 2026 lautet, dass die EU-Kommission diese Mechanismen nutze, um die Algorithmen amerikanischer und chinesischer Tech-Giganten so zu beeinflussen, dass Narrative der Fidesz-Partei – etwa die Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine, Kritik an der Migrationspolitik oder die Warnung vor einem wirtschaftlichen Niedergang Europas – in ihrer Reichweite massiv gedrosselt (Shadow Banning) oder vollständig gelöscht werden.³⁹ In der regierungsnahen ungarischen Berichterstattung wird dieser Prozess als „wahltaktische Entführung“ („electoral hijacking“) beschrieben. Es handele sich um eine Festung, die nicht vor russischer Einmischung schütze, sondern die nicht gewählte Brüsseler Elite vor dem eigenen Wähler abschirmen solle, mit dem „Traum“, den populistischen Führer Orbán aus dem Amt zu drängen.⁸

4.3 Die Realität der DSA-Implementierung: Faktenbasierte Dekonstruktion

Eine präzise juristische und technische Analyse der DSA-Implementierung offenbart jedoch, dass die ungarischen Zensurvorfälle auf einer gezielten Fehlinterpretation der rechtlichen Mechanismen beruhen. Erstens schreibt der Digital Services Act an keiner Stelle eine inhaltliche Zensur politischer Meinungen durch europäische Behörden vor. Die Verordnung verpflichtet die Plattformen lediglich dazu, ihre eigenen, ohnehin existierenden Nutzungsbedingungen konsequent und transparent anzuwenden und Risikobewertungen hinsichtlich der algorithmischen Verstärkung von Desinformation durchzuführen.⁴³

Zweitens ist der Vorwurf, die EU-Kommission würde die „Trusted Flaggers“ in Ungarn direkt steuern, um Orbán zu schaden, institutionell unhaltbar. Gemäß der Architektur des DSA werden diese vertrauenswürdigen Hinweisgeber nicht von Brüssel ernannt, sondern von den jeweiligen nationalen Koordinatoren für digitale Dienste (Digital Services Coordinators, DSCs) in den einzelnen Mitgliedstaaten zertifiziert.⁴³ Dies bedeutet paradoxerweise, dass in Ungarn die nationale, von der Fidesz-Regierung kontrollierte Medien- und Telekommunikationsbehörde (NMHH) maßgeblichen Einfluss darauf hat, welche Organisationen als Trusted Flaggers akkreditiert werden. Wenn Organisationen diesen Status erlangen, ist dies ein rechtsstaatlicher Prozess nach nationalem Verwaltungsrecht.⁴⁵

Darüber hinaus zeigt die empirische Realität im Vorfeld der Wahlen 2026, dass der DSA von unabhängigen Akteuren gerade dazu genutzt wird, die grassierende staatlich orchestrierte Desinformation in Ungarn aufzudecken. So erstritt die zivilgesellschaftliche Organisation *Democracy Reporting International* (DRI) im März 2026 vor einem Berliner Gericht einen historischen Beschluss, der die Plattform X (ehemals Twitter) unter Berufung auf den DSA dazu zwang, Forschern Zugang zu internen Plattformdaten zu gewähren.⁵⁴ Ziel der Klage war es explizit, systemische Risiken und staatlich gelenkte Manipulationen im Vorfeld der ungarischen Wahlen transparent zu machen.⁵⁴ Dieser Fall belegt, dass der DSA nicht als Zensurinstrument Brüssels fungiert, sondern als Transparenzwerkzeug der Zivilgesellschaft gegenüber den intransparenten Tech-Konzernen.

Auch in Bezug auf politische Werbung, einem zentralen Element des Wahlkampfes, zeigen Berichte der Organisation *Liberties*, dass die neuen EU-Transparenzgesetze (wie die

Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung, TTPA) in Ungarn teilweise nach hinten losgehen. Anstatt für saubere digitale Kampagnen zu sorgen, haben große Plattformen wie Google ihre Definitionen von politischer Werbung so restriktiv ausgelegt, dass viele manipulative Kampagnen auf lokaler Ebene durch das Raster fallen und für Forscher und Journalisten schwerer zu verfolgen sind als zuvor.⁵⁵

Die tiefere analytische Einsicht lautet: Die ungarische Regierung deutet das legitime Vorgehen der EU gegen systematische Desinformation rhetorisch in eine orchestrierte Zensurkampagne um, um präventiv die Legitimität europäischer Kritik an der ungarischen Medienlandschaft zu untergraben. Die ständige Behauptung, der DSA würde genutzt, um konservative Nachrichten zurückzuhalten, dient der Fidesz-Partei als perfektes Narrativ, um eine mögliche Wahlniederlage gegen Péter Magyar oder schlechte Umfragewerte auf eine unsichtbare, technokratische Manipulation aus Brüssel zu schieben.⁸

5. Die Institutionalisierung der Abwehr: Ungarns Souveränitätsschutzgesetz

Die Vorwürfe Ungarns an die Europäische Union wegen angeblicher Zensur erhalten eine besondere geopolitische Ironie, wenn man die zeitgleichen innenpolitischen Maßnahmen der Orbán-Regierung zur Kontrolle des eigenen Informationsraumes betrachtet. Während Budapest Brüssel vorwirft, über den DSA illegitim in die Meinungsfreiheit einzugreifen, hat die ungarische Regierung auf nationaler Ebene massiv juristisch aufgerüstet, um angebliche ausländische – sprich: westliche – Einmischung abzuwehren und die Opposition zu kriminalisieren.

5.1 Die Architektur des Souveränitätsschutzamtes (SPO)

Im Dezember 2023 verabschiedete das ungarische Parlament, in dem die Fidesz-Partei über eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit verfügt, in einem rasanten Tempo das sogenannte „Gesetz zum Schutz der nationalen Souveränität“.¹⁹ Dieses Gesetz, das von Beobachtern oft mit dem russischen Gesetz über „ausländische Agenten“ verglichen wird⁶⁰, führte zur sofortigen Schaffung einer neuen, mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Behörde: dem Souveränitätsschutzamt (Sovereignty Protection Office, SPO).¹⁹

Die Aufgabe des SPO besteht nominell darin, jegliche Aktivitäten zu untersuchen, die den demokratischen Diskurs in Ungarn beeinflussen könnten und bei denen der Verdacht besteht, dass sie direkt oder indirekt durch ausländische finanzielle Mittel unterstützt werden.¹⁹ Die Behörde verfügt dabei über nahezu unkontrollierte Befugnisse. Sie kann ohne richterlichen Beschluss auf sensible Regierungs-, Bank- und Geheimdienstdaten zugreifen, um NGOs, Medienunternehmen, Parteien und Privatpersonen zu durchleuchten.⁵⁸ Gegen die Einleitung von Untersuchungen und die Veröffentlichung der Berichte des Amtes, in denen Organisationen als Gefahr für die nationale Sicherheit stigmatisiert werden, gibt es für die Betroffenen keine effektiven rechtlichen Rechtsmittel.⁶¹

5.2 Gezielte Ermittlungen im Vorfeld der Wahlen 2026

Im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen 2026 hat das Souveränitätsschutzamt seine Aktivitäten drastisch intensiviert und in eine offene Waffe des Wahlkampfes transformiert. Das Amt leitete formelle Untersuchungen gegen renommierte unabhängige Medienplattformen und zivilgesellschaftliche Organisationen ein, darunter das investigative journalistische Netzwerk *Átlátszó*, die Antikorruptionsorganisation *Transparency International Hungary* sowie das von der EU finanzierte grenzüberschreitende Rechercheprojekt *The Eastern Frontier Initiative* (TEFI), denen pauschal die Einmischung in die ungarische Innenpolitik vorgeworfen wurde.⁵⁷

Die politisch weitreichendste Maßnahme erfolgte jedoch im März 2026, wenige Wochen vor dem Wahltermin. Die ungarischen Behörden gaben bekannt, dass sie umfassende Ermittlungen gegen Péter Magyar, den aussichtsreichsten Herausforderer Orbáns und Vorsitzenden der TISZA-Partei, eingeleitet haben.¹⁴ Der Vorwurf lautet auf Verdacht der illegalen Verschleierung ausländischer Wahlkampffinanzierung. Fidesz-Funktionäre und regierungsnahen Medien werfen Magyar und der vereinigten Opposition systematisch vor, als „Dollar-finanzierte Politiker“ zu agieren, die im direkten Auftrag westlicher Interessen – insbesondere der USA, der EU und des Netzwerks von George Soros – stünden und den Ausverkauf der ungarischen Souveränität pflanzen.¹⁵

5.3 Die Reaktion der Europäischen Union und der "Chilling Effect"

Die Europäische Kommission reagierte auf das Souveränitätsschutzgesetz mit der Einleitung eines formellen Vertragsverletzungsverfahrens und verklagte Ungarn vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Die EU-Kommission argumentiert, dass das Gesetz in eklatanter Weise gegen grundlegende demokratische Prinzipien, den Schutz personenbezogener Daten und weitreichende fundamentale Grundrechte der Union verstoße, da es der Einschüchterung der Zivilgesellschaft diene.⁵⁷

Im Februar 2026 lieferte die Generalanwältin des EuGH, Juliane Kokott, in ihrem viel beachteten Schlussantrag eine verheerende juristische Einschätzung des Gesetzes. Sie wies darauf hin, dass das Souveränitätsschutzgesetz durch seine weitreichenden Ermittlungsbefugnisse, die vage Definition von „Einmischung“ und das Fehlen jeglicher rechtsstaatlicher Garantien einen massiven „Chilling Effect“ (Abschreckungseffekt) auf die freie Meinungsäußerung und den öffentlichen Diskurs ausübe.⁵⁹ Selbst wenn das Amt keine direkten strafrechtlichen Sanktionen verhängen könne, genüge allein die Stigmatisierung und die öffentliche Diffamierung durch behördliche Berichte, um Journalisten und Oppositionspolitiker mundtot zu machen und den demokratischen Wettbewerb im Vorfeld der Wahlen zu verzerren.⁵⁹ Amnesty International warnte in einer Eingabe an den UN-Menschenrechtsausschuss im März 2026, dass die Rhetorik des Gesetzes zivilgesellschaftliche Organisationen als „nationale Sicherheitsrisiken“ deklariere.⁶³ Ein Entwurf für eine weitere Verschärfung des Gesetzes sieht sogar vor, Individuen, die ausländische Gelder erhalten, auf einer schwarzen Liste des Finanzamtes zu erfassen.⁶²

Die Dynamik rund um das Souveränitätsschutzgesetz offenbart eine brillante, wenn auch demokratiegefährdende strategische Inversion: Die ungarische Regierung bedient sich repressiver rechtlicher Instrumente, rechtfertigt diese jedoch paradoxerweise mit dem Schutz der Demokratie vor westlicher Einmischung. Gleichzeitig delegitimiert sie die demokratische

Oppositionsbewegung um Péter Magyar präventiv, indem sie ihn durch staatliche Untersuchungen mit dem Stigma des ausländischen Agenten belegt.¹⁴

6. Internationale Überwachung, asymmetrische Wahlbedingungen und die Rolle der OSZE

Die Integrität der Parlamentswahlen 2026 steht somit im Schatten gravierender struktureller Ungleichgewichte im Informationsraum und im Rechtssystem, die es der Regierungspartei ermöglichen, den Wahlkampf weitgehend zu dominieren. Dies hat internationale Organisationen zu außergewöhnlichen Maßnahmen veranlasst, die in Mitgliedstaaten der Europäischen Union äußerst selten sind.

6.1 Die Medienlandschaft als strukturelle Barriere

Der Vorwurf der Regierung, die EU würde über den DSA Wahlkampfnachrichten zensieren, muss vor dem Hintergrund der realen Medienmacht in Ungarn kontextualisiert werden. Der ungarische Medienmarkt wurde in den vergangenen vierzehn Jahren tiefgreifend zugunsten der Regierungspartei umstrukturiert. Politische Analysten schätzen, dass rund 78 Prozent des gesamten Medienmarktes von Personen oder Stiftungen kontrolliert werden, die der Fidesz-Partei bedingungslos loyal gegenüberstehen.¹⁵ Eine zentrale Rolle spielt dabei die regierungsnahe Medienholding KESMA (Mittleuropäische Presse- und Medienstiftung), in der Hunderte von Zeitungen, Radiosendern und Nachrichtenportalen gebündelt sind.¹⁸

Unabhängige Medien existieren primär nur noch im Internet und stehen unter starkem regulatorischem und wirtschaftlichem Druck, da staatliche Werbegelder fast ausschließlich an regierungstreue Outlets fließen, was zu einer massiven Marktverzerrung führt.¹⁸ Renommiertere und ehemals reichweitenstarke Medien wie die Zeitung *Népszabadság*, das Portal *Index.hu* oder der Radiosender *Klubrádió* wurden durch wirtschaftlichen Druck, Entzug von Sendelizenzen oder feindliche Übernahmen durch regierungsnahe Oligarchen faktisch ausgeschaltet oder auf Regierungslinie gebracht.⁶⁷

Diese Struktur, die von Politikwissenschaftlern als erfolgreiche „Informationsautokratie“ oder „Spin-Diktatur“ beschrieben wird²⁰, hat weitreichende Konsequenzen für die Chancengleichheit im Wahlkampf 2026. Péter Magyar beschrieb die ungarische Medienrealität in einem Interview als eine „Truman Show“, in der die Menschen glauben würden, die staatliche Propaganda sei die Realität.²⁰ Während Oppositionskandidaten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen oft nur die gesetzlich vorgeschriebene Minimalzeit von wenigen Minuten erhalten, sind die Narrative der Regierung – insbesondere die Warnung vor einem durch die EU und die Ukraine forcierten Kriegseintritt Ungarns und die Dämonisierung von Migration und LGBTQ+-Rechten – omnipräsent.⁵ Die behauptete „Zensur“ konservativer Stimmen durch die Europäische Union steht in einem eklatanten Kontrast zur realen, institutionell verankerten Verdrängung unabhängiger und oppositioneller Stimmen aus dem ungarischen Mainstream.

6.2 Die Beobachtungsmission der OSZE

Aufgrund dieses stark asymmetrischen Umfelds, der zunehmenden Kriminalisierung der

Zivilgesellschaft durch das Souveränitätsschutzgesetz sowie Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Wahlverwaltung und der massiven Nutzung staatlicher Ressourcen für Fidesz-Kampagnen hat das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) beschlossen, eine umfassende internationale Wahlbeobachtungsmission nach Ungarn zu entsenden.¹⁷

Ein im Januar 2026 veröffentlichter Bericht der vorgeschalteten Bedarfsermittlungsmission (Needs Assessment Mission, NAM) der OSZE unterstrich, dass das politische Rennen in einem „hochgradig polarisierten und zunehmend aufgeladenen politischen Umfeld“ stattfinde, das von wirtschaftlichen Herausforderungen und dem raschen Wachstum einer neuen politischen Oppositionskraft geprägt sei.¹⁷ Interlokutoren der Mission aus der Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien wiesen nachdrücklich auf die weitere Einschränkung des bürgerlichen Raumes und die asymmetrischen Bedingungen im Wahlkampf hin.¹⁷

Die ab Ende Februar 2026 im Land stationierte Langzeitbeobachtungsmission der OSZE analysiert explizit nicht nur die physische Stimmabgabe, sondern gezielt auch die Online-Wahlkampf-führung, die Transparenz der Kampagnenfinanzierung, die Berichterstattung der Medien und – besonders relevant für die Einmischungsvorwürfe – die institutionelle Bereitschaft zur Erkennung und Bekämpfung von Desinformation sowie die Zusammenarbeit der staatlichen ungarischen Behörden mit Social-Media-Plattformen.⁶⁸ Dass ein vollwertiger EU-Mitgliedstaat derart intensiv und umfassend von der OSZE überwacht wird, unterstreicht die Schwere der internationalen Bedenken hinsichtlich der demokratischen Erosion im Vorfeld des 12. April 2026.

7. Synthese: Ausländische Einflussnahme zwischen Realität und wahlkampf-taktischer Konstruktion

Die Analyse der komplexen Faktenlage, der diplomatischen Eskalationen und der konkurrierenden Narrative offenbart mehrere tiefergehende geopolitische und innenpolitische Trends, die das Wesen der ungarischen Wahlen 2026 definieren. Die Vorgänge in Ungarn sind längst kein isoliertes nationales Phänomen mehr, sondern sind zum Mikrokosmos einer größeren systemischen Auseinandersetzung über die Zukunft der liberalen Demokratie und der Handlungsfähigkeit Europas geworden.

7.1 Die "Weaponization" (Instrumentalisierung) von Interdependenz

Sowohl der hochbrisante Streit um die Energielieferungen aus der Ukraine als auch der ideologische Konflikt um die Regulierung sozialer Netzwerke durch die Europäische Union basieren auf dem gleichen strategischen Prinzip: der gezielten Instrumentalisierung transnationaler Infrastrukturen und Interdependenzen („Weaponization of Interdependence“). Ungarn hat sich – im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten – bewusst und strategisch in einer fortgesetzten Energieabhängigkeit von Russland belassen und nutzt seine geografische Position am Endpunkt der Druschba- und TurkStream-Pipelines als Druckmittel aus.²² Als die Ukraine im Januar 2026 den Transit infolge von Kriegsschäden unterbrach, eskalierte Budapest dies sofort und kalkulierte zu einem vorsätzlichen Akt der

Wahleinmischung.¹⁰ Diese Eskalation diene einem doppelten Zweck: Innenpolitisch konnte die Fidesz-Regierung Stärke demonstrieren und sich als alleiniger Garant für warme Wohnzimmer und billigen Treibstoff positionieren. Außenpolitisch legitimierte der Vorwurf der Erpressung das ungarische Veto gegen die 90-Milliarden-Euro-Hilfen für Kiew, was wiederum die Verhandlungsposition Orbáns in Brüssel stärkte.¹¹

Ein analoges Muster zeigt sich im digitalen Raum. Ungarn ist rechtlich und wirtschaftlich tief in den digitalen Binnenmarkt der EU integriert. Die supranationale Regulierung durch den Digital Services Act entzieht sich der unmittelbaren, direkten Kontrolle der Budapester Regierung.⁴³ Da die Fidesz-Regierung das nationale traditionelle Medienmonopol weitgehend kontrolliert, stellen dezentrale, global agierende soziale Netzwerke das letzte verbleibende Einfallstor für reichweitenstarke oppositionelle Diskurse und unkontrollierbare Informationsflüsse dar. Durch die Dämonisierung des DSA und des europäischen Democracy Shields als „EU-Zensur“ und „Wahrheitsministerium“⁸ bereitet die Regierung rhetorisch den Boden, um entweder verschärfte nationale Regulierungen gegen Plattformen durchzusetzen, wie es das Souveränitätsschutzgesetz andeutet, oder – was wahrscheinlicher ist – eine mögliche Wahlniederlage oder empfindliche Stimmenverluste auf eine unsichtbare, technokratische Manipulation aus Brüssel zu schieben.

7.2 Die Symmetrie der projektiven Umkehrung

Ein markantes, fast schon literarisches Element im Vorfeld der Wahl 2026 ist die systematische projektive Umkehrung der Vorwürfe. Die Europäische Union, der Europäische Gerichtshof, die OSZE und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen werfen der Orbán-Regierung seit Jahren fundiert vor, die Demokratie auszuhöhlen, den Rechtsstaat zu demontieren, russische Einflüsse in Europa zu hofieren und Wahlen durch unfaire Rahmenbedingungen zu verzerren.¹⁷ Ungarn spiegelt diese Vorwürfe in seiner Kommunikationsstrategie exakt, symmetrisch und kompromisslos zurück. Diese Strategie lässt sich in mehreren Gegensatzpaaren illustrieren:

Vorwurf an die ungarische Regierung (EU/OSZE/Zivilgesellschaft)	Symmetrische Gegenbeschuldigung der ungarischen Regierung
Medienfreiheit: Ungarn unterdrückt unabhängige Medien und kontrolliert 78 % des Marktes durch regierungsnahe Oligarchen. ¹⁸	Zensur: Die EU betreibt über den DSA und "Trusted Flaggers" ein illegitimes „Zensur-Betriebssystem“ gegen freie Meinungsäußerung. ⁸
Geopolitische Instrumentalisierung: Ungarn lässt sich von Russland politisch instrumentalisieren, um europäische Sanktionen und Ukraine-Hilfen zu sabotieren. ²	Souveränitätsverlust: Die ungarische Opposition (Magyar/Tisza) ist eine „fremdfinanzierte“ Marionette Brüssels und Washingtons, die Ungarn in den Krieg treiben will. ¹⁴
Wahlmanipulation: Fidesz manipuliert Wahlen durch Gerrymandering, den Missbrauch staatlicher Ressourcen und asymmetrische Wahlgesetze. ¹⁶	Wahleinmischung: Die Ukraine und die EU blockieren Ölpipelines gezielt vor dem 12. April, um die Wähler durch wirtschaftlichen Schmerz gegen Orbán aufzubringen. ¹⁰

Diese perfekte Symmetrie der Vorwürfe ist kein Zufallsprodukt, sondern eine hochgradig professionelle und wirksame Propagandastrategie. Sie erzeugt eine kalkulierte kognitive Dissonanz beim ungarischen Wähler, verwischt die Grenzen zwischen legitimer demokratischer Schutzmaßnahme und autoritärer Unterdrückung und degradiert den politischen Diskurs zu einem nihilistischen Nullsummenspiel.⁷³ Der „Democracy Shield“ der Europäischen Union und Ungarns nationales „Souveränitätsschutzamt“ stehen sich somit symbolisch und faktisch diametral gegenüber: Beide beanspruchen für sich das Monopol, die Demokratie vor fremder Einmischung zu schützen, definieren jedoch den Feind, die Bedrohungslage und die Methodik auf völlig gegensätzliche, unvereinbare Weise.⁵⁸

7.3 Die institutionelle Verwundbarkeit der europäischen Außenpolitik

Die komplexen Ereignisse rund um die ungarischen Wahlen zeigen zudem schonungslos die gravierende institutionelle Verwundbarkeit der Europäischen Union auf. Das vertraglich verankerte Erfordernis der Einstimmigkeit in fundamentalen außen-, sicherheits- und finanzpolitischen Fragen ermöglicht es einem einzigen Mitgliedstaat, den gesamten europäischen Block in Geiselschaft zu nehmen. Ministerpräsident Orbán hat die innenpolitische Notwendigkeit, vor den historisch engen Wahlen Härte zu zeigen, nahtlos mit der Blockade der 90-Milliarden-Euro-Kredite für die Ukraine verknüpft.¹³

Dass die Führung der Europäischen Union, vertreten durch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident António Costa, sich im März 2026 genötigt sah, faktisch in den Streit einzugreifen und der Ukraine Millionenbeträge für die Reparatur der Pipeline anzubieten, um die ungarische Blockade aufzulösen, ist ein Beweis für die Wirksamkeit dieser Erpressungstaktik.²³ Diese Dynamik belegt die These von Professor Brunnbauer, wonach Orbáns Taktik, geopolitische Krisen als Faustpfand für finanzielle Zugeständnisse und innenpolitische Dominanz zu nutzen, weiterhin exzellent funktioniert.²¹ Die Parlamentswahl am 12. April 2026 hat somit direkte, unmittelbare Auswirkungen auf die physische Überlebensfähigkeit der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland und auf die kohäsive geopolitische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union.⁷⁶

8. Fazit

Eine tiefgreifende, quellenbasierte Prüfung der ausländischen Einflussnahmen auf die ungarischen Wahlen im April 2026 ergibt ein überaus komplexes Bild, in dem rechtliche Regulierung, militärische Kollateralschäden und gezielte staatliche Desinformation untrennbar miteinander verschmolzen sind.

Der gravierende Vorwurf, die Europäische Union nutze den *Digital Services Act*, um im Wahlkampf bestimmte konservative Nachrichten systematisch zu zensieren und Orbán zu stürzen, entbehrt einer faktischen Grundlage im Gesetzestext oder in der nachweisbaren institutionellen Praxis der EU. Der DSA zielt auf die Eindämmung systemischer Risiken und illegaler Inhalte ab. Die Behauptung eines orchestrierten „Zensur-Betriebssystems“ fungiert primär als politisches Schutz-Narrativ der ungarischen Regierung und ihr nahestehender Think Tanks. Es dient dazu, die supranationale Regulierung zu delegitimieren und von der eigenen massiven Einschränkung und Monopolisierung der inländischen Medienlandschaft abzulenken.

Gleichzeitig instrumentalisiert die ungarische Regierung ironischerweise selbst ihr *Souveränitätsschutzgesetz*, um den aussichtsreichsten Oppositionskandidaten Péter Magyar und die kritische Zivilgesellschaft unter dem unbewiesenen Vorwand der Abwehr ausländischer Einmischung strafrechtlich und medial zu verfolgen.

Im Hinblick auf die Ukraine und die kritische Energieinfrastruktur ist festzustellen, dass der Unterbruch der Druschba-Pipeline im Januar 2026 eine reale, massive geopolitische und wirtschaftliche Krise auslöste, die tief in den Wahlkampf hineinwirkte. Ob Kiew die durch verheerende russische Raketenangriffe verursachten Schäden bewusst langsamer reparierte, um politischen Druck auf das pro-russische Budapest aufzubauen, bleibt analytisch umstritten und entzieht sich einer finalen Beweisführung. Eindeutig und belegbar ist jedoch, dass die Fidesz-Regierung diese Krise umgehend in eine hochwirksame Erzählung von böswilliger ukrainischer Wahleinmischung und westlicher „politischer Erpressung“ ummünzte. Dies diente als willkommener Vorwand, essenzielle EU-Hilfen für Kiew zu blockieren und sich innenpolitisch als kompromissloser Verteidiger nationaler Interessen zu positionieren, was schließlich die EU-Spitze zu einer teuren diplomatischen Intervention zwang.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die weitreichendste Einflussnahme auf die ungarischen Wahlen 2026 nicht in einer verdeckten, technokratischen Zensur durch Brüssel oder einer gezielten Sabotage durch Kiew besteht. Vielmehr liegt sie in der systematischen und meisterhaften innenpolitischen Instrumentalisierung ebenjener geopolitischen Spannungen durch die ungarische Regierung selbst. Das Narrativ der permanenten äußeren Bedrohung durch die EU und die Ukraine dient als existenzieller ideologischer Klebstoff für eine Wählerschaft, die angesichts wirtschaftlicher Stagnation und einer rasant erstarkenden, dynamischen Opposition unter Péter Magyar erstmals seit 2010 die realistische Möglichkeit eines politischen Machtwechsels vor Augen hat. Die Wahl wird somit nicht nur über die Zusammensetzung des Budapester Parlaments entscheiden, sondern über die Resilienz der europäischen Demokratie in einem Zeitalter hybrider Bedrohungen.

Referenzen

1. Parlamentswahl in Ungarn 2026 - Wikipedia, Zugriff am März 20, 2026, https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_Ungarn_2026
2. Ungarn am Scheideweg: Die Schicksalswahl 2026 im Fokus - Andrassy Universität Budapest, Zugriff am März 20, 2026, <https://aub.eu/universitaet/nachrichten/ungarn-am-scheideweg-die-schicksalswahl-2026-im-fokus/>
3. Election campaign in Hungary: Why Orbán is trailing opposition leader Magyar in the polls, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.youtube.com/watch?v=caCCwwp-YHo>
4. Ungarn vor der Wahl: Orbáns Wahlkampf der Angst, Zugriff am März 20, 2026, <https://taz.de/Ungarn-vor-der-Wahl/!6158226/>
5. Hungary's Viktor Orbán seeking to drum up votes by doing down ..., Zugriff am März 20, 2026, <https://www.theguardian.com/world/2026/feb/27/hungarys-viktor-orban-seeking-to-drum-up-votes-by-doing-down-ukraine>

6. PIPELINE SABOTAGE? Orbán Blocks €90B Ukraine Aid Over Druzhba Pipeline Blockade | US-Iran War - YouTube, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.youtube.com/watch?v=V8SLGdIXnV4>
7. Russia's Matryoshka bots spread disinfo about Ukraine-Hungary tension, allege "thousands" of attacks on Hungarians by Ukrainian refugees, Zugriff am März 20, 2026, <https://theins.ru/en/news/290281>
8. EU EXPOSED? EXPERT EXPLAINS How Brussels Interferes In Hungary To Oust Orban From Power - YouTube, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.youtube.com/watch?v=3M2jzzZlIP4>
9. Controlling the narrative - MCC Brussels, Zugriff am März 20, 2026, <https://brussels.mcc.hu/uploads/default/0001/01/05d8121ef5fe2c17a560ae2d3a52d8f1378ca301.pdf>
10. Hungary blockades diesel to Ukraine in spat over Russian oil | Euractiv, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.euractiv.com/news/hungary-blockades-diesel-to-ukraine-in-spat-over-russian-oil/>
11. Druzhba pipeline disruption triggers Slovakia, Hungary countermeasures, Zugriff am März 20, 2026, <https://english.news.cn/20260224/de35e030e6df4fe1999ae68e85c77410/c.html>
12. EU leaders blast Viktor Orbán over a Ukraine loan veto, accusing him of playing election games, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.click2houston.com/news/world/2026/03/19/eu-leaders-blast-viktor-orban-over-a-ukraine-loan-veto-accusing-him-of-playing-election-games/>
13. EU leaders lash out at Hungary's Orbán for blocking aid to Ukraine ..., Zugriff am März 20, 2026, <https://apnews.com/article/europe-hungary-ukraine-loan-elections-summit-1084eb91a739889f5bde50ebd2cf3bc1>
14. Suppression of Opposition under Orbán in Hungary - Friedrich Naumann Foundation, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.freiheit.org/central-europe-and-baltic-states/hungarys-next-election-test-democracy>
15. The year of Péter Magyar: great expectations, great challenges, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2025-06-05/year-peter-magyar-great-expectations-great-challenges>
16. Legal but not Fair: Viktor Orbán's New Supermajority, Zugriff am März 20, 2026, <https://verfassungsblog.de/legal-but-not-fair-viktor-orbans-new-supermajority/>
17. HUNGARY - OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, Zugriff am März 20, 2026, https://odihr.osce.org/sites/default/files/documents/official_documents/2026/01/HUN%20parliamentary%202026_NAM%20report_21.01.2026.pdf
18. Hungary: Media freedom remains in crisis ahead of 2026 elections - ECPMF, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.ecpmf.eu/hungary-media-freedom-remains-in-crisis-mode-ahead-of-2026-elections/>

19. Hungary: Freedom on the Net 2024 Country Report, Zugriff am März 20, 2026,
<https://freedomhouse.org/country/hungary/freedom-net/2024>
20. How Hungary's Orbán uses control of the media to escape scrutiny and keep the public in the dark | The Associated Press, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.ap.org/news-highlights/spotlights/2024/how-hungarys-orban-uses-control-of-the-media-to-escape-scrutiny-and-keep-the-public-in-the-dark/>
21. Expertenstimme zur Wahl in Ungarn: Nationalismus als Geschäftsmodell, Zugriff am März 20, 2026,
<https://nachrichten.idw-online.de/2026/03/19/expertenstimme-zur-wahl-in-ungarn-nationalismus-als-geschaeftsmodell?groupcolor=5>
22. The end of Russian gas transit via Ukraine and options for the EU - Bruegel, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.bruegel.org/analysis/end-russian-gas-transit-ukraine-and-options-eu>
23. EU offers to pay Ukraine to fix oil pipeline at the center of Ukraine-Hungary feud - WUNC, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.wunc.org/2026-03-18/eu-offers-to-pay-ukraine-to-fix-oil-pipeline-at-the-center-of-ukraine-hungary-feud>
24. Trans-Caspian Pipeline plan gaining critical momentum, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.gisreportsonline.com/r/trans-caspian-pipeline-momentum/>
25. Hungary and Slovakia Say Russian Oil Deliveries Halted After Ukrainian Pipeline Strike, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.themoscowtimes.com/2025/08/18/hungary-and-slovakia-say-russian-oil-deliveries-halted-after-ukrainian-pipeline-strike-a90261>
26. Ukraine expects to restore oil transit through Druzhba pipeline in 1.5 months, Zelenskyy says, Zugriff am März 20, 2026,
<https://gwaramedia.com/en/ukraine-expects-to-restore-oil-transit-through-druzhba-pipeline-in-1-5-months-zelenskyy-says/>
27. What's the Druzhba pipeline controversy that's causing fissures within the EU over Ukraine, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.trtworld.com/article/cea5ff30e866>
28. 2026 Slovak-Ukraine oil dispute - Wikipedia, Zugriff am März 20, 2026,
https://en.wikipedia.org/wiki/2026_Slovak%E2%80%93Ukraine_oil_dispute
29. EU to help reopen blocked oil pipeline in Ukraine - Indo Premier Sekuritas, Zugriff am März 20, 2026,
https://www.indopremier.com/ipotnews/newsDetail.php?jdl=EU_to_help_reopen_blocked_oil_pipeline_in_Ukraine&news_id=1723964&group_news=ALLNEWS&taging_subtype=BELGIUM&name=&search=y_general&q=BELGIUM,%20&halaman=1
30. EU Gets Ukraine Nod to Jointly Restore Druzhba Oil Flows, Zugriff am März 20, 2026,
https://www.rigzone.com/news/eu_gets_ukraine_nod_to_jointly_restore_druzhba_oil_flows-18-mar-2026-183234-article/
31. EU Offers to Help Repair Pipeline Carrying Russian Oil to Hungary, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.themoscowtimes.com/2026/03/17/eu-offers-to-help-repair-pipeline->

- [carrying-russian-oil-to-hungary-a92249](#)
32. No breakthrough on Hungary's veto of EU's €90bn loan to Ukraine – as it happened, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.theguardian.com/world/live/2026/mar/19/europe-ukraine-russian-eu-loan-orban-hungary-tariffs-iran-nato-latest-news-updates>
 33. Ukraine does everything necessary to restore operation of Druzhba pipeline – Zelensky, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.ukrinform.net/rubric-politics/4103487-ukraine-does-everything-necessary-to-restore-operation-of-druzhba-pipeline-zelensky-at-european-council.html>
 34. Statement on the Druzhba pipeline - European Commission, Zugriff am März 20, 2026, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_26_624
 35. EU experts visit Kyiv to assess Druzhba pipeline and discuss recovery plans, Zugriff am März 20, 2026,
<https://english.nv.ua/nation/eu-experts-assess-druzhba-pipeline-during-ukraine-visit-50593228.html>
 36. Russia says increased Ukrainian attacks threaten gas export routes, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.al-monitor.com/originals/2026/03/russia-says-increased-ukrainian-attacks-threaten-gas-export-routes>
 37. Kremlin Slams 'Irresponsible' Ukrainian Drone Attacks on TurkStream and Blue Stream Compressor Stations - The Moscow Times, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.themoscowtimes.com/2026/03/19/kremlin-slams-irresponsible-ukrainian-drone-attacks-on-turkstream-and-blue-stream-compressor-stations-a92267>
 38. Serbian Troops Guard Gas Pipeline Supplying Hungary, Zugriff am März 20, 2026,
<https://hungarytoday.hu/serbian-troops-guard-gas-pipeline-supplying-hungary/>
 39. European Democracy Shield: A Threat to Free Speech and Democratic Accountability, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.heritage.org/global-politics/report/european-democracy-shield-threat-at-free-speech-and-democratic-accountability>
 40. Bundestag stimmt für die Umsetzung des Digital Services Act, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw12-de-digitale-dienste-994508>
 41. Navigating the European Union's Digital Regulatory Framework: Part 1 - International IDEA, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.idea.int/publications/catalogue/html/navigating-european-unions-digital-regulatory-framework-part-1-compact>
 42. DSA, Werbung und KI: EU-Kommission eröffnet Verfahren und fordert Informationen von Plattformen und Suchmaschinen - Vertretung in Deutschland, Zugriff am März 20, 2026,
https://germany.representation.ec.europa.eu/news/dsa-werbung-und-ki-eu-kommission-eroffnet-verfahren-und-fordert-informationen-von-plattformen-und-2024-03-14_de

43. Trump vs. Europe: The role of the Digital Services Act | Heinrich Böll Stiftung | Brussels office, Zugriff am März 20, 2026,
<https://eu.boell.org/en/2025/02/18/trump-vs-europe-role-digital-services-act>
44. The Role of the European Union in Protecting Democracy through Legislation: The Case of Disinformation, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.europeanpapers.eu/e-journal/role-european-union-protecting-democracy-through-legislation-case-disinformation>
45. Article 22 Digital Services Act: Building trust with trusted flaggers | Internet Policy Review, Zugriff am März 20, 2026,
<https://policyreview.info/articles/analysis/article-22-digital-services-act>
46. Navigating the European Union's Digital Regulatory Framework: Part 1. A Compact Overview of Its Impact on Electoral Processes - International IDEA, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.idea.int/sites/default/files/2025-11/navigating-eu-digital-regulatory-framework-part1.pdf>
47. A shield against democracy - MCC Brussels, Zugriff am März 20, 2026,
<https://brussels.mcc.hu/uploads/default/0001/02/119c80a7009b7426dc435b0869fb2604b7a3ebb8.pdf>
48. From shield to sword: Europe's offensive strategy for the hybrid age, Zugriff am März 20, 2026,
<https://ecfr.eu/publication/from-shield-to-sword-europes-offensive-strategy-for-the-hybrid-age/>
49. Commission risks blunting 'Democracy Shield' amid US sensitivities and big tech backlash, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.euractiv.com/news/commission-risks-blunting-democracy-shield-amid-us-sensitivities-and-big-tech-backlash/>
50. European Democracy Shield: A Threat to Free Speech and Democratic Accountability - The Heritage Foundation, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.heritage.org/sites/default/files/2026-03/BG3953.pdf>
51. Deutscher Bundestag - Stenografischer Bericht 51. Sitzung, Zugriff am März 20, 2026, <https://dserver.bundestag.de/btp/21/21051.pdf>
52. The DSA Proposal and Hungary - DSA Observatory, Zugriff am März 20, 2026,
<https://dsa-observatory.eu/2022/03/11/the-dsa-proposal-and-hungary/>
53. Musk, Telegram and the European Assault on Online Speech - MCC Brussels, Zugriff am März 20, 2026,
<https://brussels.mcc.hu/publication/musk-ado-about-nothing-why-the-european-war-against-tech-speech-matters>
54. Disinfo Update: Enforcement phase, structural AI disinfo & 350+ #Disinfo2026 proposals - EU DisinfoLab, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.disinfo.eu/disinfo-update-03-03-2026/>
55. How Political Advertising Is Adapting Ahead of Hungary's 2026 Elections | liberties.eu, Zugriff am März 20, 2026,
<https://www.liberties.eu/en/stories/political-advertising-hungary-elections/45607>
56. Weaknesses in Google's Ad Library Threaten European Election Integrity, Zugriff am März 20, 2026,

- https://d4n3btxmr8c9.cloudfront.net/files/tqmttl/GoogleADR_openletter.pdf
57. EU sues Hungary over law targeting 'foreign influence,' calls it tool to harass critics, opponents | Courthouse News Service, Zugriff am März 20, 2026, <https://courthousenews.com/eu-sues-hungary-over-law-targeting-foreign-influence-calls-it-tool-to-harass-critics-opponents/>
 58. World Report 2025: Hungary | Human Rights Watch, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.hrw.org/world-report/2025/country-chapters/hungary>
 59. A Case for Judicial Caution? Advocate General Kokott's Assessment of Hungary's Law on Sovereignty from a Democratic Standpoint, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.europeanlawblog.eu/pub/7gqi2z4b>
 60. Orban's Party Proposes New Legislation Critics Liken To Russia's Foreign Agent Law, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.rferl.org/a/orban-legislation-russia-foreign-agent-law-magyar-disse/33414208.html>
 61. Hungary's foreign interference law draws EU adviser flag on chilling speech, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.courthousenews.com/hungarys-foreign-interference-law-draws-eu-adviser-flag-on-chilling-speech/>
 62. A Threat to the Core: Why the New Hungarian Transparency Bill is an Attack on the Foundations of the European Union - Verfassungsblog, Zugriff am März 20, 2026, <https://verfassungsblog.de/hungary-transparency-law-foreign-funding/>
 63. HUNGARY - Amnesty International, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/01/EUR2705932026ENGLISH.pdf>
 64. Full article: Digital sovereignty contested: Hungary's strategic use of EU platform regulations, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14782804.2025.2543345>
 65. MONITORING MEDIA PLURALISM IN THE EUROPEAN UNION - Cadmus, Zugriff am März 20, 2026, <https://cadmus.eui.eu/server/api/core/bitstreams/30b1fa69-5006-488e-806a-f5298fb6099e/content>
 66. Hungary investigates Orban critic Magyar over funding - SWI swissinfo.ch, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.swissinfo.ch/eng/hungary-investigates-orban-critic-magyar-over-funding/76048668>
 67. The EU Should Not Turn a Blind Eye to Hungary's Media Capture - German Marshall Fund, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.gmfus.org/news/eu-should-not-turn-blind-eye-hungarys-media-capture>
 68. Hungary, Parliamentary elections, 12 April 2026, Zugriff am März 20, 2026, <https://odihr.osce.org/node/661804>
 69. Elections in Hungary | Organization for Security and Co-operation in Europe - OSCE.org, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.osce.org/odihr/elections/hungary>
 70. Ban on Russian gas starts today, EU updates its guidance, Zugriff am März 20,

- 2026, <https://ceenergynews.com/oil-gas/ban-russian-gas-imports/>
71. Parliament sounds the alarm over Hungary's deepening rule of law crisis | News, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20251120IPR31492/parliament-sounds-the-alarm-over-hungary-s-deepening-rule-of-law-crisis>
 72. Russia Allegedly Meddles in Hungary's Upcoming Elections - FDD, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.fdd.org/analysis/2026/03/12/russia-allegedly-meddles-in-hungarys-upcoming-elections/>
 73. Erasing 1956: Hungary's collective memory of war. Global Affairs. Universidad de Navarra, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.unav.edu/web/global-affairs/erasing-1956-hungary-s-collective-memory-of-war>
 74. A Fundamental Threat to Democracy: When the Electorate's Agency Becomes a Target, Zugriff am März 20, 2026, <https://icds.ee/en/a-fundamental-threat-to-democracy-when-the-electorates-agency-becomes-a-target/>
 75. France and Poland Debate Democracy Shield Ahead of Elections – RECAP, Zugriff am März 20, 2026, <https://visegradinsight.eu/france-and-poland-debate-democracy-shield-ahead-of-elections-recap/>
 76. Ballots under fire: how foreign interference is testing Europe's resilience, Zugriff am März 20, 2026, <https://www.friendsofeurope.org/insights/critical-thinking-ballots-under-fire-how-foreign-interference-is-testing-europes-resilience/>